

de Kéisecker **INfo**

PERIODIQUE DU MOUVEMENT ECOLOGIQUE ASBL
Paraît au moins 12 fois par an



**mouvement
écologique**

6, rue Vauban – L-2663 Luxembourg – Tél: 43 90 30 1 – Fax: 43 90 30 43
meco@oeko.lu – www.oeko.lu

CCP LU16 1111 0392 1729 0000
BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

Der Innenminister löste neulich auf dem Rundtischgespräch des Mouvement Ecologique Erstaunen aus mit seiner Mitteilung, grundlegende Elemente der bisherigen Landesplanungspolitik bedürften seiner Meinung nach einer Überarbeitung (siehe den Kurzbericht in dieser Info-Nummer). So z.B. würden die Planungsregionen nicht die notwendige Akzeptanz finden und müssten überdacht werden, die Regierungsmitglieder wären nur schwer dafür zu gewinnen, Teile ihrer Budgetmittel in einen Regionalfonds einfließen zu lassen u.a.m.. Neue Ideen, wie man dies ändern könne (z.B. durch eine Aufwertung der Wahlbezirke) hatte der Minister einige Tage zuvor im Rahmen einer Tagung an der Universität Trier präsentiert.

Da werden also neue Ideen zur Landesplanung in die Welt gesetzt zu einem Zeitpunkt, wo unter dem Eindruck des Fallbeispiels Wickringen generell sich die Frage stellt, ob Landesplanung einen realen politischen Stellenwert besitzt. Sicherlich, es gereicht dem Ministerium zur Ehre, wenn es versucht neue Antworten auf strittige Fragen zu finden. Doch die Art und Weise wie diese Ideen vorgestellt (im Rahmen einer Tagung in der Grenzregion...) und wie sie ausgearbeitet wurden (wer diskutierte sie?) wirft Fragen auf und sorgt für Befremden (wie die Reaktion des Publikums beim MECO-Rundtischgespräch zeigte).

Befremden tut auch, dass nach wie vor eine große Diskrepanz besteht zwischen den Ansprüchen der Landesplanung und der Praxis vor Ort. Während nationale Ziele wie Reduktion des Flächenverbrauchs, Erhöhung des „modal split“ zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs in politischen Absichtserklärungen proklamiert werden ... fehlt es an (positiven) Instrumenten und Durchsetzungskraft diese Ziele auch konkret regional und kommunal umzusetzen. Ersetzt wird diese fehlende Kohärenz durch einen gewissen Alltags-Pragmatismus: dort wo es lokale / regionale Probleme gibt, sollen sich Gemeinden und Staat zusammen tun um (punktuelle) Lösungen zu finden. Doch diese punktuelle Vorgehensweise allein kann nicht die Lösung darstellen...! Sie erlauben es nicht die angestrebten Ziele wirklich zu erreichen.

So augenscheinlich wie bei der Debatte zur Landesplanung war es selten: es fehlt in Luxemburg an einer breit akzeptierten Sichtweise, wie sich unser Land in Zukunft wirklich entwickeln soll. Es gibt «Slogans» (Lebensqualität, weniger Landverbrauch), die jeder akzeptiert, und es gibt die knallharte Realität von Projekten vor Ort, die häufig diesen Zielen nur begrenzt Rechnung tragen oder ihnen sogar zuwider laufen.

2008 sollte das Jahr der Grundsatzfragen werden: Wie will sich unser Land wirklich entwickeln? Welche Leitlinien wollen wir uns – von der Regierung über die Parteien bis zum Einzelnen – für die Zukunftsgestaltung geben? Wie möchten wir uns zu Grundsatzfragen – von der Integration ausländischer MitbürgerInnen bis hin zu Fragen von Verteilungsgerechtigkeit – stellen? Und diese Fragen dürfen dann nicht, wie derzeit in der Landesplanung, im kleinsten Kreis von Beamten und allein auf Ministerebene geklärt werden, nein, sie erfordern einen breiten gesellschaftlichen Diskurs. Im Sinne einer größtmöglichen Akzeptanz!

De Mouvement Ecologique, den OekoZenter Lëtzebuerg an d'Stëftung Öko-Fonds wënschen all hiire Memberen a Sympatisanten ganz schéi Feierdeeg an e gudde Rutsch.

Mäer féieren och!

Eis Bureau'en sinn zou vum 21. Dezember (12.00) bis Mettwochs den 2. Januar 2008.

Et sin schon 2 wichteg Datumen fir daat nächst Joer bekannt:

- Alles op de Vëlo ass den 20. Juli 2008
- Oeko-Foire ass de Week-End vum 12. bis den 14. September 2008



Léiwe Member,

Mir bieden Iech Är Cotisatioun fir 2008 fir
Är Membership am
Mouvement Ecologique ze bezuelen.
De Mindestbäitrag ass 40.- Euro
(Studenten an Aarbechtsloser 20.- Euro),
d'Cotisatioun fir en Haushalt kascht 60.- Euro.

Mir wiere frou, wann Dir Är Cotisatioun op eise
CCP IBAN LU16 1111 0392 1729 0000 oder
BCEE IBAN LU20 0019 1300 1122 4000 géift
iwerweisen.

Villmols Merci fir Är wertvoll Ennerstetzung!!



**mouvement
écologique**

Mouvement Ecologique asbl.
OekoZenter Lëtzebuerg
6, rue Vauban
L - 2663 Luxembourg
Tel.: 43 90 30-1
Fax: 43 90 30-43

e-mail: meco@oeko.lu
www.oeko.lu



Changez pour le **SEUL** fournisseur
d'électricité luxembourgeois à
100% ÉCOLOGIQUE

www.eida.lu - Infoline 26 62 07 72 44



eida.green
du courant vert pour vous



Förderreglemente erneuerbare Energien: noch überarbeiten!

Umwelt- und Wirtschaftsministerium haben im Herbst dieses Jahres Entwürfe für die neuen Förderreglemente im Energiebereich - d.h. betreffend die Förderung von erneuerbaren Energien, die Altbausanierung sowie den Bau von Niedrig- und Passivhäusern - vorgelegt. Die Entwürfe sind in wesentlichen Teilen durchaus begrüßenswert. Jedoch formulierte der Mouvement Ecologique einige weitere Anregungen. In einem Schreiben richtete sich der Mouvement Ecologique entsprechend an Umweltminister Lucien Lux sowie an Wirtschaftsminister Jeannot Krecké.

Uns ist sehr wohl bewusst, dass keine fundamentalen Diskussionen über die vorliegenden Reglemente mehr möglich sind. Es besteht ein gewisser Konsens, dass kein «Vakuum» entstehen darf, d.h. beim Auslaufen der jetzigen Reglemente am 31. Dezember 2007 auch die neuen Reglemente bereits rechtskräftig am 1. Januar 2008 sein sollen. Somit sind wohl keine fundamentalen Abänderungen an den vorliegenden Reglementsentwürfen mehr möglich.

Der Mouvement Ecologique erkennt durchaus positive Akzente in den vorliegenden Reglementen an : von der neu eingeführten Förderung bestimmter Sanierungsmaßnahmen bei Altbauten bis hin zu einer Verbesserung der Tarife von größeren Biogasanlagen.

Sicherlich werden mit den Reglementen wichtige Akzente gesetzt und sicherlich ist es auch von Bedeutung, dass die neuen Reglemente aller Voraussicht nach ab 1. Januar 2008 Gültigkeit haben.

Dabei würden sich einige tiefgreifendere Abänderungen aufdrängen: Vor allem ist es nach Ansicht des Mouvement Ecologique absolut widersinnig, dass nunmehr die Gewichtung auf die **Direktsubventionen** gelegt wird und nicht auf die Produktion von Energie. Im Klartext: Der Staat gibt recht großzügige Zuschüsse bei der Errichtung einer Anlage (Solar, Biogas usw.). Allerdings wird die produzierte Energie via Einspeisetarif



im Verhältnis niedriger vergütet, auch geringer als in der Vergangenheit. Dies führt zu widersinnigen Verzerrungen :

- es wird unweigerlich die Tendenz bestehen, die möglichen Subventionen des Staates beim Bau einer Anlage restlos auszuschnüpfen. D.h. man riskiert überdimensionierte Anlagen oder zu teure Anlagen zu errichten;

- indem die Direktsubventionen derart im Vordergrund stehen gegenüber dem Einspeisetarif, besteht zudem die

reelle Gefahr, dass suboptimale Anlagen gebaut werden resp. Anlagen nicht ausreichend unterhalten werden. Es ist ja etwas weniger relevant wie optimal sie funktionieren, da der Mehrwert effizienter Anlagen etwas weniger relevant für die Rentabilitätsberechnungen ist.

Diese Vorgehensweise ist nicht gerade als ökonomisch sinnvoll zu werten ... fusst jedoch auf einem scheinbaren politischen Konsens, trotz aller Gegenargumente. Dies mit dem alleinigen Ziel den Energiepreis niedrig zu halten und die Betriebe entsprechend geringer zu belasten. Dabei wurden die Zahlen, wie stark ein angemessener Einspeisetarif gegenüber einer Direktsubvention die einzelnen Akteure belasten würde, niemals offen gelegt! So fällt man keine sachlichen Entscheidungen! So werden auch Steuergelder verschwendet! So wird eine optimale Förderung der erneuerbaren Energien nicht konsequent genug gewährleistet!

Es wäre zudem begrüßenswert gewesen, dass bei der Verabschiedung der vorliegenden Reglementsentwürfe parallel die zukünftigen Fördermaßnahmen für Betriebe und Gemeinden offen gelegt worden wären. Die verschiedenen Reglemente sollen doch ein Ganzes bilden ...

Darüber hinaus möchte der Mouvement Ecologique jedoch noch folgende Verbesserungsvorschläge an den vorliegenden Reglementsentwürfen unterbreiten:

• "Gülle"-Bonus einführen

Zahlreiche Neuerungen in den vorliegenden Entwürfen betreffend die Biomasse sind positiv zu werten. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass aus klimastrategischer Sicht sowie aus einem Anspruch des weiteren Ausbaus einer naturverträglichen und energieeffizienten Biogasproduktion der vorliegende

Reglementsentwurf einen gravierenden Nachteil hat: und zwar, dass die Nutzung von tierischen Ausscheidungen (Gülle, Jauche, Mist) nicht spezifisch genug unterstützt wird.

Im Gegensatz zu dem teilweise zur Debatte stehenden „Nawaro-Bonus“, bei welchem sich generell für die spezifische Förderung nachwachsender Rohstoffe eingesetzt wird, setzt sich der Mouvement Ecologique vielmehr für einen sogenannten „Gülle“-Bonus ein. Denn in der Tat, ist vor allem die Valorisierung von Gülle, Jauche und Mist in Biogasanlagen von herausragender Bedeutung. Um die Nutzung dieser organischen Abfälle zu fördern –d.h. meist in kleineren dezentralen Anlagen– bedarf es einer spezifischen Unterstützung. In der Tat erfordern diese dezentralen kleineren Anlagen auf Basis tierischer Ausscheidungen eine besondere Förderung – die vorliegenden Tarife würden deren Wirtschaftlichkeit nicht gewährleisten. Jedoch ist deren Nutzen unumstritten, gerade ihr Nutzen aus klima- und regionalpolitischer Sicht ist besonders wichtig :

- * Durch die direkte Nutzung der tagtäglich anfallenden organischen Tierausscheidungen wird die Lagerzeit dieser Abfälle reduziert. Dies bewirkt – neben der Energieproduktion – zusätzlich eine Reduktion des klimaschädlichen Methan-Gases, welches bei der Lagerung entsteht;

- * Durch dezentrale Anlagen entsteht ein direkter Mehrwert für Landwirte. Entsprechend setzt sich der Mouvement Ecologique für die Einführung eines „Güllebonus“ ein.

• Kleinere Biogasanlagen bis 100 kW auf Güllbasis stärker unterstützen

Darüber hinaus besteht das Problem, dass derzeit kleinere Anlagen nicht ausreichend unterstützt werden. Dabei sind gerade sie aus klima- und regionalpolitischer Sicht besonders wichtig (kurze Transportwege, Valorisierung vor Ort, regionale Wertschöpfung). Hier wäre eine Adaptation der Tarife erforderlich, kleinere Anlagen sollten insofern zumindest eine gesteigerte Wärmevergütung erhalten.

• Nahwärmenetze stärker fördern

Nahwärmenetze sind von zentraler Bedeutung. Die in Artikel 13 vorgesehene Unterstützung ist jedoch nicht ausreichend. Für den Aufbau des Nahwärmenetzes sind ergänzende Investitionsbeiträge erforderlich.

• Reihenhäuser nicht vergessen

In Artikel 10 sind positiverweise spezifische Unterstützungen für Holz-Heizanlagen innerhalb von Appartementshäusern vorgesehen. Da jedoch derartige Anlagen auch für Reihenhäuser sinnvoll sind, müssten diese gleichwertig zu Appartementshäusern angeführt werden.

Verknüpfung Biomasse und Sonne expliziter regeln

Artikel 10 / 4 erhält die «Kann-Bestimmung», dass die Anbindung einer «chaudière à la biomasse» an eine Photovoltaik-Anlage zusätzlich mit 300 Euro unterstützt werden kann. Im Sinne einer gewissen Rechtssicherheit sollte diese «Kann-Bestimmung» umgewandelt werden, im Sinne von «accorder» degressiv.

• Optimierung von Altanlagen im Bereich der Altheizungen

In der gängigen Praxis des Heizens mit Stückholz kommen noch in einem hohen Masse offene Kamine, Öfen und veraltete Feststoffkesselanlagen vor, die die im Holz enthaltene Energie zu wenig ausnutzen und zu ersten Emissionsproblemen führen können. In den vorliegenden Reglementen sollte als Modernisierungsanreiz ein Altanlagen-Austauschprogramm für Holzheizungen eingeführt werden. Bei der Neuanschaffung von Holzheizungen sollte der Fokus der Förderung auf Geräten mit bestmöglicher Technik liegen.

• Kleinere Photovoltaikanlagen sollten stärker unterstützt werden als vorgesehen

Sicherlich wertet es der Mouvement Ecologique als sinnvoll, dass bei Privathaushalten prioritär thermische Anlagen unterstützt werden. Und doch : will man eine Trendwende im Energiebereich, so gilt es auch die Photovoltaik zu fördern soweit es geht ; auch bei Privathäusern (vor allem auch weil sich der Staat und die ökonomischen Akteure derzeit auch nicht durch eine allzu große Dynamik hervorgetan haben). Und es gibt nun mal auch Häuser, die sich nur schwerlich mit einer thermischen Anlage ausrüsten lassen. Deshalb sollten die Tarife für kleinere Photovoltaik-Anlagen etwas erhöht werden, damit die überhaupt noch in etwa wirtschaftlich rentabel sein können.

Konsens und Meinungsverschiedenheiten: Unterredung mit Umweltminister L. Lux

Der Mouvement Ecologique hatte vor kurzem – aufgrund der rezenten und eher aufgeregten Debatten um die nationale Transportpolitik – eine Unterredung mit L.Lux in seiner Funktion sowohl als Umwelt- als auch als Transportminister angefragt. L. Lux informierte zu Beginn der Sitzung, dass er vorziehen würde, eine Aussprache zum Thema Mobilitätsplanung zu einem späteren (leider noch nicht festgelegten) Zeitpunkt zu verabreden.

Einverständnis bestand in der Absicht, im Januar nächsten Jahres eine detaillierte Diskussion über den Stand der Umsetzung des Koalitionsabkommens aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung zu führen. Laut Aussagen des Ministers sei die Umsetzung schon weit fortgeschritten; der Mouvement Ecologique wird seine Detailanalyse im Hinblick auf diese Aussprache demnächst fertig stellen.

Kyoto und Klimaschutz

Des Weiteren wurde, vor dem Hintergrund der internationalen Konferenz in Bali über den Post-Kyoto-Prozess – über die Klimapolitik diskutiert. Für den Mouvement Ecologique ist eine stärkere und offensivere Thematisierung der Tatsache, dass in Luxemburg – trotz verschiedener Maßnahmen – die CO2-Emissionen immer noch ansteigen, unabdingbar.

Wenn statt einer Reduktion derzeit ein Anstieg zu verzeichnen ist, komme man an einer offenen Diskussion über diesen Trend, seine Ursachen und Auswirkungen, nicht vorbei. Diese Entwicklung wäre nicht nur aus der Sicht des Klimaschutzes verheerend, sondern würde Luxemburg darüber hinaus auch mittelfristig vor erhebliche Probleme stellen, da diese hohen Emissionen auf europäischer Ebene wohl kaum akzeptiert werden würden. Entsprechend regte der Méco die Organisation eines Diskussionsforums zu dieser fundamentalen Fragestellung an. Dabei gelte es besonders der Frage der Akzeptanz der Klimaschutz-Maßnahmen eine besondere Bedeutung zu schenken. Aussagen wie "Firwat muss grad d'Privatleit duersch d'Autosteier belaaucht ginn, firwat net fir d'eischt Betrieber" bis hin zu "Wat bréngt et wat mäer machen, wa Länner wéi China net matzéien" müssten weitaus offensiver aufgegriffen und im Rahmen einer offenen Kommunikationsstrategie diskutiert werden.

Der Minister hob hervor, er würde seine Klimastrategie konsequent weiter führen, er habe auch den Eindruck, dass er durchaus große Anstrengungen in der Kommunikation unternommen habe. Er würde jedoch derzeit erheblichen Widerstand verspüren, u.a. in Zusammenhang mit der emissionsabhängigen Erhöhung der Autosteuer. Die Stunde der Wahrheit, so der Umweltminister, würde letztlich auch für Luxemburg bei dem sog. „burden sharing“ also der Aufteilung der CO2-Minderungsquoten im Post-Kyoto-Prozess schlagen.

Leider konnte im Rahmen der Unterredung kein Konsens gefunden werden, um eine Debatte zur fundamentalen Frage der CO2-Emissionsentwicklung in Luxemburg bzw. einer Strategie zur Akzeptanzförderung von Klimaschutz-Maßnahmen zu gewährleisten.

Naturschutz

Weiterer Themenpunkt war der Naturschutz. Hier verwies der Méco auf seinen Vorschlag, im Rahmen der derzeit durchgeführten Überarbeitung des Naturschutzgesetzes (einige Abänderungen am Gesetz sind aufgrund von EU-Bestimmungen notwendig) eine rechtlich abgesicherte Klärung von Artikel 17 (schützenswerte Biotope) zu erreichen. Die Interpretation von Artikel 17, so wie sie im Konsens mit den Akteuren erstellt wurde, solle nach Meinung des Méco nicht nur den Stellenwert eines ministeriellen Rundschreibens haben; im Gesetz sollte vielmehr vorgesehen werden, dass ein großherzogliches Reglement diese Interpretation klären würde. Der Minister verwies darauf, er sähe es derzeit nicht als opportun an, fundamentalere Abänderungen am Gesetz durchzuführen, weil dann parallel wohl auch wieder andere grundlegende Diskussionen aufkämen.

Für das Umweltministerium gilt Artikel 17 nicht nur in der „zone verte“, sondern auch innerhalb des Bauperimeters. Der Méco teilt diese Sichtweise des Ministeriums. Die Akzeptanz dieser Interpretation bei Gemeinden und Bauträgern hängt nach Meinung des Mouvement Ecologique jedoch stark davon ab, wie die Beamten sich konkret gegenüber Gemeinden verhalten würden. Was die Praxis der Kompensierungsmaßnahmen, die vom Ministerium für bestimmte Eingriffe in die Natur auferlegt werden, anbelangt, so findet sich im Naturschutzgesetz dafür die rechtliche Grundlage: eine nachvollziehbare, rechtlich abgesicherte Vorgehensweise gibt es nach Ansicht

„Ass den IVL doud – Wéi en Stellwäert huet d'Landesplanung?“

Am 6. Dezember hatte der Mouvement Ecologique zu einem interessanten Rundtischgespräch zum Thema „Ass den IVL doud – Wéi en Stellwäert huet d'Landesplanung haut an an Zukunft?“ eingeladen. An dem Rundtischgespräch nahmen teil: Jean-Marie Halsdorf, Innenminister; Alex Bodry, LSAP; Camille Gira, Déi Gréng; Gast Gibéryen, ADR; Paul Helmingier, DP.

Etwa 100 interessierte ZuhörerInnen hatten sich für den Abend eingefunden und nahmen an einer spannenden Debatte sowie an den Diskussionen beim anschließenden „Patt“ teil. Deutlich wurde, dass die Landesplanung theoretisch sehr wohl eine hohe Akzeptanz hat, die Einmütigkeit jedoch weitaus geringer ist, wenn es konkret wird. Wie die Planungsregionen von morgen aussehen sollten, z.B., scheint immer noch nicht eindeutig festzuliegen. So überraschte Innenminister Halsdorf, indem er mitteilte, die derzeit zur Debatte stehenden Planungsregionen würden seiner Meinung nach keine Akzeptanz finden, sie sollten überdacht werden.

Einig war sich die Runde, dass das IVL-Konzept keine rechtliche Verbindlichkeit besitze; demgegenüber jedoch das Programm der Landesplanung sehr wohl als Basis von Ministerien gesehen werden kann / muss, um Entscheidungen zu begründen (was auch in gerichtlichen Entscheidungen bestätigt wurde). Demzufolge könnten auch im aktuellen Rahmen sehr wohl richtungweisende Entscheidungen getroffen werden, insofern der politische Wille dafür bestehe. Eine Operationalisierung der Landesplanung (und des IVL-Konzeptes) durch sektorische und regionale Pläne sei jedoch weiterhin notwendig.

Problematisch ist derzeit allerdings, auf welche Weise die Einbindung der Akteure in die Erstellung der vier sog. sektoriellen Pläne betreffend Wohnen, Mobilität, Aktivitätszonen und geschützte

Landschaften erfolgen soll. Während die einen für eine pragmatische Herangehensweise optierten – z.B. dadurch dass Gemeinden, die gemeinsame Probleme haben, sich mit dem Ministerium zusammen tun, um auf regionaler Ebene diese zu lösen (wie z.B. im Südwesten der Stadt Luxemburg oder dem Alzettetal) – forderten die anderen zusätzlich eine konkretere nationale Strategie ein, die für alle Regionen des Landes gelten müsse. Die aktuelle Vorgehensweise die sektoriellen Pläne in einer Art „black box“ zu erstellen, stelle so die überwiegende Meinung, eine große Gefahr für die Akzeptanz dieser Pläne dar. Dies umso mehr, als 2009 Legislativwahlen und 2011 Gemeindefinden vor der Tür stehen...

Weitere Themen der äußerst lebendigen Diskussionsrunde betrafen u.a. die Reform der Gemeindefinanzen, die Schaffung eines Regionalfonds (der prioritär regionale Projekte fördern sollte) und den Zusammenhang zwischen den Bebauungsplänen der Gemeinden (die bis 2010 überarbeitet sein sollen) und der Landesplanung.

Es ist schlicht ein Ding der Unmöglichkeit, die vielfältigen Überlegungen dieses Abends im Detail wieder zu geben. Fest steht: die Landesplanung wird uns in den kommenden Monaten und Jahren sonder Zweifel weiter begleiten.



Interessante links zum Thema:
– „Kommunale Reformpolitik im Grossherzogtum“:
http://www.gouvernement.lu/salle_presse/discours/autres_membres/2007/11_novembre/30-halsdorf/index.html
– Landesplanungsministerium : <http://www.miat.public.lu/>
Das Rundtischgespräch ist ebenfalls als **Video** einsehbar auf www.simba.lu sowie auf www.oeko.lu.

Luxemburg braucht eine bessere Energieberatung!

Seit Jahren setzt sich der Mouvement Ecologique dafür ein, dass in Luxemburg die Strukturen im Energiebereich verbessert werden. BürgerInnen, betroffene Berufsleute ... müssen verstärkt beraten werden, wenn sie Energie sparen wollen, ihre Häuser renovieren möchten oder aber neu bauen. Bereits vor 15 Jahren forderte der Mouvement Ecologique z.B. die Schaffung einer unabhängigen Energieagentur. 2007 nun schienen sowohl das Umwelt- als auch das Wirtschaftsministerium endlich eine landesweite Energieberatung in die Wege zu leiten, was positiv vom Mouvement Ecologique aufgenommen wurde. Doch rezente Entwicklungen werfen Fragen auf, so dass der Mouvement Ecologique sich erneut in einem Schreiben an Wirtschaftsminister J. Krecké sowie an Umweltminister L. Lucien wandte.

Bereits mehrfach hat sich der Mouvement Ecologique betreffend die Energieberatungsstrukturen in Luxemburg an Sie gewandt (siehe z.B. Schreiben vom 24. Juli 2007). Leider erhielten wir nie eine formale Antwort auf unsere Schreiben. Angesichts rezenter Entwicklungen wollten wir uns erneut in diesem Dossier an Sie wenden.

In der Tat sehen wir mit äußerstem Befremden die Entwicklung in Sachen "Energieberatungsstrukturen in Luxemburg".

Wir begrüßen ausdrücklich, dass das Wirtschafts- und Umweltministerium eine Studie über Beratungsstrukturen in Luxemburg in Auftrag gegeben haben. Leider sind seit Monaten nach aussen keine weiteren Informationen zur Fortentwicklung der Studie gelangt. Parallel stellen wir fest, dass in der Praxis konkrete Fakten geschaffen werden, die wir z.T. als äußerst problematisch erachten.

Der Mouvement Ecologique ist seit jeher der Überzeugung, dass in Luxemburg eine nationale unabhängige Energieagentur geschaffen werden soll. Bereits vor Jahren, zu Zeiten der Ausarbeitung des Kyoto-Protokolls, war dieses eine der zentralen Forderungen unserer Organisation.

Jetzt jedoch erfolgt in der Praxis Folgendes:

- Die Budgetmittel der heutigen "Agence de l'Energie" werden auf sehr substantielle Art und Weise angehoben. Im Entwurf des Staatshaushaltes sollen sie von 275.000 Euro im Jahre 2007 auf deren 550.000 im Jahre 2008 seitens des Umweltministeriums erhöht werden, und sogar von 250.000 im Jahre 2007 auf 550.000 auf der Seite des Wirtschaftsministeriums. Dabei fand in den Jahren

2006 – 2007 bereits eine entsprechende Erhöhung statt. Insgesamt soll der Staat demnach in diese zentrale Struktur Energieagentur 1.100.000 Euro investieren.

- Die Erhöhung der Budgetmittel erfolgt, ohne dass gleichzeitig festgelegt wurde, welche Aufgaben in Zukunft welche Struktur in Luxemburg übernehmen sollen. Was ist die Rolle einer nationalen Agentur? Was die Rolle von Privatakteuren? Was jene von Gemeinden? Die Gelder der derzeitigen Energie-Agentur werden sehr stark angehoben, ohne dass über deren Rolle und Aufgabengebiete diskutiert wurde – ohne dass die Resultate der grundsätzlichen Studie über die Energieberatungsstrukturen in Luxemburg vorliegen und diskutiert werden konnten. Dass nun ohne vorliegendes Konzept – welches das Wirtschafts- sowie das Umweltministerium selbst in Auftrag gegeben haben – derartige weitreichende Fakten in der Praxis geschaffen werden, ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique nicht nachvollziehbar. Hier werden substantielle Gelder verteilt, ohne dass überhaupt die Rollenverteilung geklärt ist. Vor allem auch wird so die Chance vertan, die evtl. Erhöhung der Gelder an die Agentur an konkrete Ansprüche seitens des Staates zu koppeln.
- Kommt hinzu, dass parallel in keiner Form über die Struktur / Zusammensetzung der Agentur diskutiert wurde. Nach wie vor hat u.a. die CEGEDEL einen wesentlichen Anteil am Aktionariat. Es ist für den Mouvement Ecologique zweifelhaft, dass derjenige der am Energieverkauf verdient, der richtige Akteur in einer Struktur ist, die die zentrale Rolle in der eine Beratung Luxemburgs wahrnehmen soll!

Besonders gravierend erachten wir aber zudem noch folgende Tatsache:

Als Mouvement Ecologique sind wir durchaus der Überzeugung, dass es eine nationale Koordinationsstruktur im Energiebereich geben muss. Diese sollte nationale Programme erstellen, nationale Konzepte entwickeln, Aktivitäten koordinieren u.a.m.

Das derzeitige Tätigkeitsgebiet der Agentur geht aber in eine ganz andere Richtung! Und zwar wird sich hier dem privaten Markt substituiert, auch dort, wo dies absolut nicht sinnvoll ist:

- Die Energieagentur bewirbt sich bei Energieberatungskampagnen von Gemeinden und tritt in Konkurrenz zu privaten Akteuren, die dies z.T. bereits seit Jahren durchführen. Mit Verlaub: diese privaten Akteure sind keinesfalls weniger kompetent als die Agentur. Dies ist nicht a priori eine staatliche Aufgabe! Die Erstellung von Grundkonzepten für eine derartige Kampagne u.a. ja, aber nicht die konkrete Durchführung selbst!

- Oder aber die Agentur bewirbt sich sogar um Energiekonzepte von Gemeinden zu erstellen. Dies ist ein absoluter Widerspruch, die Erstellung von Energiekonzepten ist doch die ganz übliche Rolle eines Studienbüros. Dass sich hier der Staat einmischt – wobei bereits seit Jahren derartige Konzept erstellt werden – bringt keinen Mehrwert, ganz im Gegenteil.

Sicherlich ist es in so manchen Bereichen wichtig, dass der Staat selbst aktiv wird und nicht immer ist die Privatinitiative die richtige.

Doch in diesem Bereich übernimmt die Agentur Arbeiten, die eindeutig anderen Akteuren obliegen und riskiert Aufgaben zu vernachlässigen, die ihr prioritär obliegen! So manche wichtige Aktionen der Agentur lassen auf sich warten : Von der Definition des Berufsbildes von Energieberatern, einer nationalen Kampagne bis hin zur Erstellung von nationalen Fort- und Ausbildungsprogrammen ... Statt diese wahrzunehmen mischt sie sich in Aufgaben ein, welche Dritte ebenfalls gewährleisten können.

Statt demnach vielmehr sogar zu versuchen den Privatsektor in Sachen Energiemanagement zu dynamisieren, fortzubilden ... tritt sie in Konkurrenz zu ihm. Ja, sie erschwert gar Akteuren die in den vergangenen Jahren z.T. Vorreiter in den Bereichen waren, ihr Arbeitsgebiet.

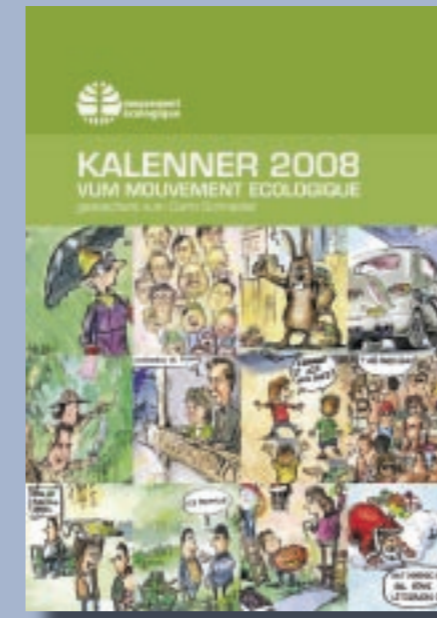
Wobei die Frage erlaubt sein darf, inwiefern diese Konkurrenz auch aus rechtlicher Sicht tragbar ist. Immerhin bewirbt sich hier eine staatliche Struktur in Konkurrenz zu Privatakteuren, die keine derartige Subvention erhalten.

Die Agentur kann schlichtweg nicht einerseits als « staatliche Agence » für die Ministerien Konzepte erstellen – und diese dann als Auftragnehmer auch noch umsetzen. Ein Planungsbüro darf ja auch nicht einen Bebauungsplan erstellen, um ihn dann konkret als Promotor umzusetzen.

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass

- die zuständigen Ministerien die interessierten Kreise über die Schlussfolgerungen aus der Studie betreffend die Energieberatungsstrukturen informieren und eine Diskussion über die Gestaltung der Strukturen zulassen und fördern ;
- die Rolle der verschiedenen Akteure geklärt wird, wobei nach Ansicht des Mouvement Ecologique der Agentur in erster Linie eine nationale Koordinationsrolle zusteht ;
- über die Struktur und die Aufgabengebiete der Agentur im Detail diskutiert wird und die Verteilung der Budgetmittel entsprechend überdacht wird.

Angesichts der Bedeutung dieses Themas für die gesamte Energiepolitik Luxemburgs, würden wir Sie bitten, uns über ihre Sichtweise in diesem Bereich zu informieren.



Der Meco-Kalender 2008 für Mitglieder ist da!

Mit spritzigen Zeichnungen von Karikaturist Carlo Schneider

Dieser Tage erhalten Sie als Mitglied des Mouvement Ecologique gratis den Kalender 2008 in A4-Format. Carlo Schneider hat jeden Monat thematisch aufgegriffen und mit leichter Feder auf seine witzige Art illustriert. Spannung ist garantiert, ausserdem haben wir reichlich Platz für Termineinträge vorgesehen. Falls Sie den Kalender gratis nachbestellen möchten und an Freunde weiterverschenken wollen, dann melden Sie sich bitte telefonisch 439030-1 oder per Mail über meco@oeko.lu

Entwurf zum Wasserwirtschaftsgesetz: an den wesentlichen Fragestellungen vorbeigemogelt

In einer rezenten Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf des Wasserwirtschaftsgesetzes verweist der Mouvement Ecologique darauf, dass der Versuch in einem Rahmengesetz die wichtigen Elemente der Wasserwirtschaftspolitik zu verknüpfen, positiv zu werten sei. Erhebliche Defizite in der Auslegung des Rahmengesetzes wären jedoch kaum konform zur Philosophie der Wasserrahmenrichtlinie und würden den erwünschten integrierenden Charakter der Wasserwirtschaftspolitik gefährden. Im folgenden veröffentlichen wir eine Zusammenfassung der Stellungnahme. Die detaillierte Version finden Sie wie immer auf unserer Homepage www.oeko.lu



Entwurf des Gesetzes zur Wasserwirtschaft: es besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf!

Äußerst problematisch ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique vor allem, dass es mit dem vorliegenden Entwurf zu keinem „Befreiungsschlag“ in Sachen Kompetenzaufteilung und Strukturen gekommen sei. Ein Überdenken der Organisationsstruktur und des Aufgabengebietes des Wasserwirtschaftsamtes sei in der Tat unabdingbar. Statt einer Entschlackung des Systems und einer klaren Aufgabentrennung zwischen den Akteuren, würde das Rahmengesetz nunmehr aber – im Widerspruch zur eigentlichen Philosophie der Wasserrahmenrichtlinie – die bisher gängige Praxis fortführen und sogar dazu führen, die bürokratische Vernetzung zu erhöhen. Sinnvoll wäre vielmehr gewesen, die Syndikate und Gemeinden als dynamische Partner einzubeziehen, statt einer nunmehr angestrebten Fokussierung und Zentralisierung auf das Wasserwirtschaftsamtsamt. Es sei nicht zulässig, dass ein dieselbe Struktur Ziele der Wasserwirtschaft festlege, Maßnahmen-Programme ausarbeite und sich selbst (und andere) dann wiederum in den gleichen Bereichen kontrollieren solle ... Für eine effiziente Abwicklung von Entscheidungsprozessen wäre es nach Ansicht des Mouvement Ecologique eher notwendig gewesen zu überlegen, welche Kernbereiche tatsächlich durch staatliche Strukturen übernommen werden müssten (strategische Aufgaben, Rahmensetzung, Kontrolle) und welche durch Syndikate, Gemeinden oder private Akteure. Die derzeitige Kompetenzeinteilung sei in der Praxis für das Wasserwirtschaftsamtsamt bereits jetzt

nachweislich nicht bewältigbar, der vorliegende Entwurf mit seiner Zentralisierung würde diese Situation noch verschärfen. Besonders augenscheinlich werde dieser Umstand im Bereich Kläranlagen. Aufgrund der besonders im Abwasserbereich hohen Subventionierung der Infrastrukturinvestitionen seitens des Staates hätte eine historisch gewachsene, jedoch sehr ungesunde finanzielle Abhängigkeit von Gemeinden

Problematik der Preisgestaltung

Gemäss EU-Direktive soll nunmehr eine Kostenwahrheit bei der Preisgestaltung in der Wasserwirtschaft – also das Verursacherprinzip – eingeführt werden. Der vor-liegende Entwurf würde jedoch die wesentlichen Fragen in diesem Bereich nicht klären, so z.B. die Frage nach der Ermittlung der Kosten, der Belastung der einzelnen Akteure, der Zulässigkeit verschiedener Subventionen und der wirtschaftlichen Analyse der Kostenberechnung sowie deren Umsetzung. Aufgabe des Gesetzentwurfes wäre gewesen diese zentralen Fragen zu klären.

Schutz der Trinkwasserschutzgebiete

Zur nachhaltigen Gewässerbewirtschaftung gehörten, gemäss Mouvement Ecologique, aber vor allem auch Vorkehrungen zum Schutz des Trinkwassers. Doch auch dieser Punkt würde im vorliegenden Entwurf nicht ausreichend geklärt. Die Ausweisungszonierung für Trinkwasserschutzzonen würde nicht konkret geregelt, vor allem aber auch fehle es an jedweden Vorgaben betreffend Entschädigungen für Landwirte oder sonstige Betroffene für evtl. (Ertrags-) verluste. Ob z.B. die Entschädigungspflicht beim Staat oder beim Wasserversorger liegen würde, sei ebenfalls nicht geregelt. Zudem würde verpasst, einen klaren Bezug zu den Förderkriterien im Rahmen der landwirtschaftlichen Zuschüsse zu erstellen (fehlende Verankerung von Gewässerschutz in der sogenannten „cross-compliance“).

Problematische Überschneidung mit weiteren Gesetzgebungen

Eine Umsetzung der Gesetzesbestimmungen würde darüber hinaus, so der Mouvement Ecologique, durch Überschneidungen mit bestehenden anderen Gesetzen in Frage gestellt. Dies vor allem, was die Bebauung in den Gemeinden, die Landesplanung, die Betriebsgenehmigungen sowie das Naturschutzgesetz anbelangen; Aspekte, die rechtlich nicht hinreichend geklärt seien. Ein juristisches Wirrwarr sei vorprogrammiert.

Schlechte Regelung des Zugangs zu Informationen

Mit Bedauern stellt der Mouvement Ecologique abschließend fest, dass die Aarhus-Konvention – betreffend den Zugang der Bevölkerung zu Informationen sowie das Klage- und Rekursrecht von Organisationen – erneut nicht wirklich umgesetzt werde.

Insgesamt bestehe ein erheblicher Nachbesserungsbedarf am vorliegenden Entwurf.



Eine Datz für Luxemburg in Sachen Klimaschutz!

German-Watch hat rezent einen Klimaschutzindikator veröffentlicht. Die Umweltorganisation setzt sich aus Experten zusammen, die werten, wie positiv die Initiativen eines Landes im Klimabereich zu werten sind. Dabei werden folgende Komponenten berücksichtigt: der Emissionstrend (Gewichtung 50%), das aktuelle Niveau an Emissionen (30%) sowie die Klimapolitik (20%).

Luxemburg hat es sage und schreibe auf Platz 52 von 56 geschaff!!! Dies von 56 untersuchten Ländern. Schweden nimmt den ersten Platz ein mit 65,6 Punkten, gefolgt von Deutschland, Island, Mexiko, Indien, Ungarn, Großbritannien, Brasilien, Schweiz, Argentinien, Lettland, Belgien, Portugal, Malta, Indonesien, Norwegen, Dänemark, Frankreich, Slowakei, Litauen, Türkei, Bulgarien, Marokko, Slowenien, Tschechische Republik, Thailand, Rumänien, Algerien, Spanien, Niederlande, Neuseeland, Kroatien, Südafrika, Iran, Estland, Finnland, Österreich, Weißrussland, Polen, China, Italien, Japan, Griechenland, Irland, Zypern, Singapur, Ukraine, Kasachstan, Russland, Süd-Korea, Luxemburg (39,2 Punkte), Kanada, Australien, USA, Saudi-Arabien (30,0 Punkte).

So sieht unsere Statistik demnach aus, wenn auch der Trend berücksichtigt wird, der in Luxemburg so gerne ausgeblendet wird (im Trend gehen nämlich die Emissionen Luxemburgs drastisch nach oben!

Interessenten können das integrale Dokument ansehen auf der Internetseite: <http://www.germanwatch.org/klima/ccpi2008.pdf> dies in englischer Fassung.

Helfen Sie die Energiewende einleiten – Wechseln Sie zu grünem Strom!!

Mouvement Ecologique, Greenpeace und Eurosolar hatten rezent zu einer Pressekonferenz eingeladen, um gemeinsam zum Thema "grüner Strom" zu informieren.

Es bestand Einigkeit zwischen Greenpeace, Mouvement Ecologique und Eurosolar

– welche Kriterien "grüner Strom" erfüllen muss

– und wie die verschiedenen Angebote in Luxemburg zu werten seien.

Die Empfehlung war eindeutig: CEGEDEL bietet zwar grünen Strom an, verfolgt jedoch eine zweifelhafte Betriebsphilosophie. Der einzige empfehlenswerteste Anbieter mit grünem Strom ist EIDA.

Im folgenden veröffentlichen wir die gemeinsamen Empfehlungen. Details zum Dossier finden Sie wie immer auf unserer Homepage www.oeko.lu.

In Luxemburg gibt es derzeit zwei Angebote auf dem Markt, die den aufgestellten Kriterien des grünen Stromes entsprechen: «nova naturstrom» der CEGEDEL sowie das Angebot «eida.green». Aus dieser Sicht sind beide Stromangebote empfehlenswert.

Allerdings kommt man nicht umhin festzustellen, dass die generelle Betriebsphilosophie der CEGEDEL weniger «nachhaltig» ist. D.h. die CEGEDEL bemüht sich nicht, in ihrem generellen Angebot ebenfalls

verstärkt erneuerbare Energien anzubieten bzw. auf Kohle- oder Atomstrom zu verzichten. Insofern ist die generelle energiepolitische Ausrichtung der CEGEDEL problematischer. Wer demnach neben der Qualität des Grünen Stromes alle Aspekte eines Anbieters berücksichtigen möchte, kann an sich nur zu EIDA wechseln.

Exkurs: Angebot von Stadtwerken

Positiv ist grundsätzlich, daß sich auch Stadtwerke dem Thema der erneuerbaren Energien angenommen haben. Zwar bietet derzeit kein Stadtwerk reinen grünen Strom an, jedoch beinhaltet das Angebot von LEO – dem Stadtwerk der Stadt Luxemburg – 66% Strom aus erneuerbaren Energien. LEO optierte somit nicht dafür einigen Personen reinen grünen Strom anzubieten und anderen «klassischen», sondern dafür, dass alle Haushalte 66% grünen Strom am allgemeinen Strommix erhalten. Der Vorteil dieser Maßnahme ist, dass somit alle Einwohner eingebunden sind und ein großer Anteil erneuerbarer Energien genutzt wird. Der Nachteil ist, dass kein reiner grüner Strom im Angebot ist. An jedem einzelnen Einwohner der Stadt Luxemburg zu entscheiden, ob er bei «seinem Stadtwerk» bleiben und diese Philosophie unterstützen möchte oder ob er darüber hinaus in Richtung 100%iger grüner Strom geht.

Die Situation gestaltet sich ähnlich in Esch-Alzette. Esch hat gar entschieden, im generellen Strommix auf jedweden Atom- und Kohlestrom zu verzichten. Auch Esch promoviert den Ausbau von erneuerbaren Energien durch ihren Strommix. Der überwiegende



Machen Sie mit! Leisten Sie einen Beitrag zu einer nachhaltigen Energiepolitik, wechseln Sie auf Grünen Strom!

Anteil der Energie die sie in ihrem Stromangebot anbieten stammt aus dem GuD-Kraftwerk Esch/Raemerich, einem Werk, das durch die Auskoppelung der Wärme durch SUDCAL (zwecks Belieferung der Brache Esch/Belval und des Escher Nordens/Nonnewisen und Sommet) den Effizienzkriterien gerecht werden wird. Der Anteil an erneuerbaren Energien wird über den neben der GuD-Energie bereits vorhandenen Anteil hinaus schrittweise erhöht. Eine Politik die auch von der neuen Escher Stromgesellschaft der Stadt Esch SUD-STROUM verfolgt wird.

Position des Mouvement Ecologique zum Konzept "Nordstad – vers une mobilité durable"

Für viel Aufregung sorgt derzeit die Mobilitätsplanung in der „Nordstad“. Im Vordergrund steht dabei vor allem die Debatte darüber, welche Zukunft die Schienenverbindung Ettelbrück-Diekirch haben und wie der öffentliche Verkehr in der Nordstad organisiert werden soll.

Der Mouvement Ecologique und seine Regionale Nordstad beziehen diese Woche in einer Pressekonferenz Stellung. Im folgenden finden Sie die Zusammenfassung. Die detaillierte Stellungnahme ist auf unserer Homepage www.oeko.lu einsehbar.

Das staatliche Konzept zur Mobilität in der Region Nordstad, das seitens des Landesplanungs-, des Transport- und des Bautenministers vorgestellt wurde, sieht vor, dass die meisten Buslinien aus der Region die beiden Zentren der Nordstad – Ettelbrück und Diekirch – bedienen. Die Busfahrzeiten sollen so angepasst werden, dass auf der Hauptachse zwischen diesen beiden Polen die Busse mindestens im 7,5' Takt verkehren. Die derzeitige eingleisige Zuglinie zwischen den zwei Bahnhöfen Ettelbrück und Diekirch (Strecke von 4,5 km) soll gemäß staatlichen Plänen gestrichen werden, da sie nur zu Spitzenzeiten angemessen genutzt würde. An ihrer Stelle sollen Busspuren in beide Fahrtrichtungen eingerichtet werden.

Der Mouvement Ecologique sieht die staatlichen Pläne mit einer gewissen Skepsis und tritt für folgende Vorgehensweise ein:

1. Nein zu einem Abbau der Bahnstrecke zwischen Diekirch und Ettelbrück zum jetzigen Zeitpunkt.

Es kann nicht sein, dass eine Linie im öffentlichen Transport abgeschaffen wird, ohne dass sichergestellt wird, dass das zukünftige Angebot eine wesentliche Verbesserung mit sich bringen wird. Zudem hat die Schienenverbindung gerade für Arbeitnehmer, die in der Region Zentrum arbeiten, einen sehr hohen Stellenwert.

Deshalb sollte nach Ansicht des Mouvement Ecologique Regionalsektion "Nordstad" – solange die Strecke der Entwicklung in der Tallage noch nicht im Wege steht – das Angebot der Bahn optimiert werden durch Direktverbindungen nach Luxemburg, einen höheren Komfort des Zugmaterials, Anpassungen von Regionalbussen auf den Bahnhof Diekirch usw.

2. Substantieller Ausbau und Verbesserung des Busangebotes in der Nordstad: jetzt sofort!

Kurzfristig ist es von zentraler Bedeutung, dass am Taktknoten Ettelbrück – sowohl zwischen der Eisenbahn und den Bussen, als auch zwischen den Bussen selbst – das Umsteigen wesentlich erleichtert und verbessert wird. D.h. es muss gewährleistet werden, dass die Busse vor Ankunft des Zuges am Bahnhof ankommen und nach Abfahrt des Zuges wieder abfahren.

Die Attraktivität des öffentlichen Transportes in der Nordstad kann nach Ansicht des Mouvement Ecologique vor allem durch eine Verdichtung und Feinerschließung im Zentralbereich erfolgen. Dabei soll eine gute Vernetzung (evtl. per Nordstad-Citybuslinien) der Ortsteile mit den beiden Bahnhöfen geschaffen werden, sowie den dazwischenliegenden Ortschaften und denen, die z.B. in einem 5 km Umkreis liegen.

Verspätungen der Busse rühren hauptsächlich von den schlechten Verkehrsführungen innerhalb der beiden Städte, dort, wo kein Platz für Busspuren ist. Eine Busspur auf dem zukünftigen Boulevard urbain, wie vom Staat geplant, würde demnach kaum die Pünktlichkeit der Busse erhöhen. Denn der Verkehr zieht in die Städte Diekirch und Ettelbrück hinein und hindurch.



3. Die Chance für die mittelfristige Verwirklichung einer Stadtbahn in der Nordstad muss gewahrt bleiben!

Auch wenn der Mouvement Ecologique sich schwerlich vorstellen kann, dass kurzfristig mit dem Bau

einer modernen Stadtbahn für die Nordstad begonnen wird, so setzen wir uns ohne Wenn und Aber dafür ein, dass jedwede heutige Planung derart sein muss, dass der Bau einer modernen Stadtbahn in Zukunft möglich bleiben muss. Eine Stadtbahn ist in der Tat ein äußerst attraktives Transportmittel, das auf besonders hohe Akzeptanz bei den Nutzern stößt, und entsprechend in einer zukünftigen Nordstad eine wichtige Rolle übernehmen könnte.

Diese potenzielle Einführung einer modernen Stadtbahn würde – würden die derzeitigen Planungen des Siegerprojektes „Axe Central Nordstad – Consultation Rémunérée“ umgesetzt, nicht mehr zufriedenstellend gegeben sein, da sie eine ganz Reihe von Schwachstellen beinhaltet. Entsprechend muss das Konzept nach Ansicht des Mouvement Ecologique abgeändert werden.

Beim Studium der Opportunität und Gestaltung der Trambahn müssen unbedingt die Mobilitätsbedürfnisse der Einwohner der gesamten Nordstad-Region berücksichtigt werden, das heisst, sowohl die Bedürfnisse der Anrainer des boulevard urbain als auch derer die in der Region leben und/oder arbeiten.